

Arbeiter-Zeitung

erschint täglich mit Ausn...
Preis: wöchentlich 0,50 M., m...
Durch die Post bezogen monatlich 2...
Kriegsgeldpreis: Die Zeitschrift...
Numm. 12 Pf., Vereins- und Verlagsan...
Preis: Die dreifache Malmeterzeile...
70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme...
8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Berhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Treibner Straße 60, Telefon...
Oble 4719, Postfach 1010; Breslau 644, Rebellstr. 1; Breslau...
Treibner Straße 60, Telefon Ring 8837. Geschäftszeit der Redaktion...
von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial...
Expeditionen: Gietzsch, Wilhelmstraße 23, Telefon 1908...
Gietzsch, Telefon 2384. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Verlags...
stand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schiel, Verlagsgesellschaft...
m. B. Breslau. — Druck: „Reibag“ Berlin, Fil. Breslau, Treibner Str. 60.

Reichstagsauflösung erst Herbst?

Graf Westarp hofft auf seine Sozialdemokraten

(Eig. Drahtb.) Berlin, 27. Februar.
Am Sonnabend hat sich die Reichsregierung unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Hertig mit der Regierungserklärung befaßt, die sie heute im Reichstag abgeben wird. Nach dem ersten Sturm sind hinter den Kulissen bereits wieder Kräfte am Werk, die die Auflösung des Reichstages im März hintertreiben wollen. Ein Vorführer ist ein Artikel des Grafen Westarp, des Führers der Deutschnationalen, in dem er ganz offen erklärt, wenn das Regierungsprogramm bis zum 1. April nicht erledigt sei, dann müsse der Reichstag auch über diesen Termin hinaus zusammenbleiben.

Man kann immer wieder beobachten, daß das bürgerliche Parlament auch der Vizekanzler für Massenstimmungen und Massenforderungen ist. Selbst in die unfähige und korrupteste Quasselbude schlagen von Zeit zu Zeit die Wellen der Empörung der Millionen draußen im Lande und veranlassen die längst ferne Gesellschaft von „Volksvertretern“ wenigstens zu einer Geste. Meist wird dann ein nichtsagender Beschluß gefaßt, der nach einigen Wochen, wenn die Massenerregung sich wieder gelegt hat, in der Schublade irgendeines Unterausschusses friedlich einstaubt.

Anscheinend bekommen auch jetzt die Bürgerblöcker nach der Atempause von wenigen Tagen wieder etwas größeren Appetit. Graf Westarp, der seit dem offenen Bankrott seiner Regierung merklich still geworden war, kündigt bereits wieder eine Verlängerung dieses Reichstages an. Ganz offensichtlich sind die Kreise um Hindenburg, die Neuwahlen frühestens im Herbst, wenn nicht gar Anfang nächsten Jahres fordern, eifrigst am Werk. Daß sie dazu überhaupt Gelegenheit haben, verdanken sie der selten jämmerlichen und charakterlosen sogenannten „Opposition“ der Demokraten und Sozialdemokraten. Anstatt dem schon stinkenden Leichnam des Bürgerblodes einen Fußtritt zu verfehlen, helfen diese in trauer Einheitsfront von Westarp bis Weis, seine Lebensdauer zu verlängern und ihn mit Hilfe eines demagogischen „Notprogramms“ einen guten Abgang zu sichern. Wieder einmal hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, bis zu welchem Grade die sozialdemokratische Führerelique mit der Bourgeoisie und dem Staatsapparat verfilzt ist. Sie kleben wie Dreck aneinander und denken gar nicht daran, sich das Leben gegenseitig schwer zu machen.

Wenn deshalb Graf Westarp jetzt Verlängerung dieses massenfeindlichen Reichstages fordert, so rechnet er auf das „Staatsbewußtsein“ seiner allergetreuesten sozialdemokratischen „Opposition“.

Nach einer verlorenen Schlacht vor neuen Kämpfen

Wieder standen die Gewerkschaften und die kämpfende Arbeitererschaft vor der Situation, einen gewerkschaftlichen Kampf nur dann erfolgreich zu Ende führen zu können, wenn man bereit war, gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch zu kämpfen. Dabei stand gleichzeitig die Frage des Machtkampfes gegen die Erdrosselung der Streikfreiheit durch die kapitalistische Schlichtungsmaschine, also die Frage, ob die Gewerkschaften bereit sind, auch gegen den heutigen kapitalistischen Staat zu kämpfen.

Die innerpolitische Lage ist zurzeit eine solche, daß man ebenfalls von einer günstigen Situation für die Durchführung eines Machtkampfes gegen das Unternehmertum und den kapitalistischen Staat sprechen kann. Abgesehen von allem anderen, z. B. von der wachsenden Radikalisierung der Arbeiterklasse, weisen wir hier nur auf die Tatsache der in kurzer Zeit bevorstehenden Parlamentswahlen hin, welche den Kampf für die Unternehmer aus Angst um die Wählerstimmen noch schwieriger macht.

Nebenbei: Auch die juristische Seite der Angelegenheit war in dieser Bewegung angeßichts der Drohung der Metallindustriellen mit der Gesamtaussperrung, günstiger als jemals, was die Reformisten auch selbst zugeben mußten. Wir erwähnen das nur deshalb, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf der Gefahr der Beschlagnahme der Gewerkschaftskassen durch die Klassenjustiz und Polizei der herrlichen deutschen Republik so stark herumreiten, um den Arbeiter einzureden, daß ein Kampf gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch für die Gewerkschaften unmöglich, ja Selbstmord wäre. Wir sind der Auffassung, daß diese Frage gar keine entscheidende Rolle in einem solchen Kampfe spielt. Ein Kampf gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch, wie es z. B. jetzt der Kampf gegen die Metallindustrie gewesen, wäre, ist von vornherein ein Machtkampf mit dem gesamten Unternehmertum und den es unterstützenden Organen des kapitalistischen Staates. Dabei kommt es nicht in erster Linie auf die Zahlung der Unterstützung an, womit wir nicht sagen wollen, daß sie nicht notwendig wäre, und wobei wir gleichzeitig betonen, daß wir ihre Auszahlung auch in einem solchen Falle für möglich halten, sondern in erster Linie auf den Willen, die Arbeiter der wirtschaftlich entscheidenden Industrien in den Kampf zu werfen.

In dem mitteldeutschen Metallarbeiterkampf hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie wiederum vor der kapitalistischen Schlichtungsmaschine und der Unternehmertumskapitulation. Diese Kapitulation ist nichts Neues, wie alle Arbeiter wissen. Sie wurde bisher gegenüber allen verbindlich erklärten Schiedsprüchen durchgeführt. So bei den Bewegungen im Bergbau, beim Hamburger Hasenarbeiterkampf, beim Kampf in der Schweißindustrie usw. So endete auch der mitteldeutsche Metallarbeiterkampf mit einer Kapitulation. Die Reformisten versuchen nachträglich, diese Tatsache zu verwischen. Sie weisen darauf hin, daß man doch immerhin 5 Pfennige herausgeholt habe, statt 2 Pfennig, wie beim Kampfe in der Schweißindustrie, sie reden von einem „moralischen Siege“.

Warum endete der mitteldeutsche Kampf mit einer Niederlage? Zunächst gilt das schon für die Lohnfrage. Vor der Annahme des verbindlichen Schiedspruches hat selbst der „Vorwärts“ festgestellt, daß die 5 Pfennig nicht mehr bedeuten, als die 3 Pfennig in dem früheren Schiedspruch, weil die Geltungsdauer des neuen Schiedspruches bis zum 31. Dezember 1928 verlängert wurde. Daraus ergibt sich, daß bis dahin die schnell wachsende Teuerung nicht durch neue Lohnerhöhungen auch nur ausgleichend werden kann. Hierzu kommt, daß die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung von 15 Pfennig pro Stunde bei monatlicher Rübungsfrist gefordert hatten, und wenn dem

Mussolini bedroht Oesterreich

Der italienische Gesandte aus Wien abberufen

Wien, 25. Februar. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der hiesige italienische Gesandte Auriti hat heute vormittag von seiner Regierung den telegraphischen Auftrag erhalten, unverzüglich nach Rom zu reisen, wo er am Montag vom Ministerpräsidenten Mussolini empfangen wird, um ihm persönlich über die vorgestrichene Kundgebung für Südtirol im österreichischen Nationalrat Bericht zu erstatten. Heute mittag erschien der Gesandte im auswärtigen Amt, um von seiner Abreise nach Rom Mitteilung zu machen. Von einer Abberufung des Gesandten Auriti ist vorläufig keine Rede.

Nach dem „Lavoro d'Italia“ wurde in der italienischen Kammer heute eine Anfrage eingebracht, in der die Antragenden die Ansicht Mussolinis über „die unwürdige, höfische gegen Italien gerichtete Kundgebung des österreichischen Nationalrates und den schamlosen, lügenhaften Feldzug verantwortlicher Kreise Oesterreichs gegen die einfache Anwendung italienischer Gesetz in einer italienischen Provinz zu hören verlangen. Man erwartet, daß Mussolini auf die Anfrage anlässlich des am Montag erfolgenden Zusammentritts der Kammer antworten wird.

Der Anlaß dieser faschistischen Ausbrüche ist eine Debatte im österreichischen Parlament über die nationale Unterdrückung der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol. Schon vor einer Woche fand eine solche Debatte statt. Damals wick Bundeskanzler Seipel der Frage aus. Freitag wurde die Frage von einem Redner der Regierungspartei selbst neu aufgerollt und aus parteitaktischen Gründen heftiger behandelt als das vorigemal, nachdem bekanntgeworden ist, daß Seipels eigene Anhänger mit seinem Reden sehr unzufrieden sind. Auch die Nachricht über den Protest Mussolinis gegen Parlamentsreden im Reichsrat landtag verschärfte die Lage. Nach dem Redner der Regierungspartei sprach auch ein Sozialdemokrat im selben Sinne, worauf Seipel nicht umhin konnte, zwar sehr vorsichtig, aber doch einige Worte gegen Mussolinis Politik in Südtirol zu sagen.

Darauf bricht jetzt der faschistische Entzündungssturm los, Oesterreich wird mit dem Abbruch der Beziehungen gedroht. Dazu ist zu sagen: Mussolini betreibt in Südtirol tatsächlich eine ungläubliche nationale Unterdrückung. Der Reaktionsführer Seipel, der mit Mussolini paktierte und die österreichischen Werttätigen blutig unterdrückt, hat aber keinerlei Recht, dagegen chavindisch-heuchlerische Proteste zu erlassen. Seipels Rügen wird ja schließlich, soweit man davon überhaupt reden kann, nicht durch sein warmes Herz für die unterdrückten Deutschen in Südtirol gesteift, sondern von Herrn Benesch, mit dem er in Prag verhandelt. Das ist auch der Grund der plötzlichen Aufregung Mussolinis. Er befürchtet, Oesterreich könnte durch Benesch in das System französischer Vasallenstaaten in Mitteleuropa, in das in Genf erörtere

„Mitteleuropäische Locarno“ einbezogen werden. Die italienischen Drohungen sollen Oesterreich davon zurückhalten. Dazu kommt, daß die Behandlung der Szent Gotthard Mafsenziehungssache den italienisch-französischen Gegensatz verschärft. Hat Frankreich den Trümpf von Szent Gotthard gegen Mussolinis ungarischen Vasallen in der Hand, so schafft sich Mussolini einen Gegentrümpf gegen den möglichen österreichischen Freund Frankreichs. Es wird mit den Rältern wie mit Schachfiguren gespielt.

Der böhmische Bergarbeiterstreit dehnt sich aus!

M. Dömitz, 25. Februar. — Der letzte Vermittlungsvorschlag des Ministers für öffentliche Arbeiten im Bergbau streit ist von beiden Parteien abgelehnt worden. Neue Verhandlungen werden am Dienstag stattfinden.

Im Revier von Klado wird der Streit Anfang nächster Woche proklamiert werden. In diesem Kohlenrevier sind rund 11 500 Arbeiter beschäftigt. Die Glasfabriken in Nordwest-Böhmen stellen eine nach der anderen wegen Kohlenmangels den Betrieb ein und entlassen die Arbeiter.

M. Prag, 26. Februar. — Neunzehnhundert Arbeiter der Kohlengrube in Handlawa (Slovakei) sind gestern nach Ablehnung ihrer Lohnforderungen in den Streit getreten. Auch in anderen slowakischen Bergwerken herrscht Streikgefahr.

Auch die Holzarbeiterbewegung abgebremst

(Eig. Drahtber.) Berlin, 27. Februar.
Nachdem der Schiedspruch im Holzarbeiterkampf abgelehnt worden war, wurden Nachtverhandlungen angefaßt. In diesen Verhandlungen einigten sich die Unternehmer und Gewerkschaftsführer dahin, daß die für den Oktober vorgesehene Lohnerhöhung anstatt 2 bis 3 nun — ganze 3 bis 4 Pfennige betragen soll. Davon sind ausgenommen die Tarifbezirke Lippe und Schlesien (1). Das Tarifabkommen, das durch beiderseitige Unterschrift für bindend erklärt wurde, läuft erstmalig am 1. Januar 1929 ab. Nach dem Muster des Verhaltens ihrer Kollegen im Metallarbeiterkampf haben auch die Holzarbeiterführer als vor dem Druck der Unternehmer kapituliert und Bedingungen zugestimmt, die einen glatten Zertrat der Holzarbeiter bedeuten.

Die Beerdigung des Genossen Max Ihmann

Die Polizei hunsucht bei dem -

Jugendpartei

Sonnabend vormittag leistete sich die hiesige politische Polizei ein Heldentat.

Am gleichen Vormittag erhielt übrigens noch die Arbeiter- und Jugendpartei auf der Feldstraße Polizeibesuch.

Gohl und Fiedel bleiben in Haft!

Die am Freitag der vorigen Woche unter dem Verdacht der Mitternacht an dem Morde auf der Krullstraße in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingelieferte Eitendime Marie Gohl und der Schiffsheizer Joseph Fiedel bleiben auch weiterhin in Haft.

Betriebsrätewahlen in dem Wert Obertor

Am Sonnabend und Sonntag fanden bei den Eisenbahnen des R.W. Obertor die Betriebsratswahlen statt. Sie brachten einen glatten Sieg der freien Gewerkschaft.

Mittelschlesien

Bräslauer Brief

Groß-Brascl, 25. Februar 1925.

Lieber Koorle!

Na endlich läge was von Dir heern un schreibst mer moal een Brief. Ich hoffe, daß das jehe eifers vorkumm wird, weil ja doch in den andern mittelschläschen Orten „Koorles“ lüben.

Euer Paule.

Der Peisterwitzer Koorle schreibt mer: Lieber Paule!

Beil Du nu schon ufte geschrieben hult, und ich ercht jehe dozu kumm der zu antworten, berste mer bodrüber nich beese sein.

Das sein der bei ins a paar SPD-Worker in der ruten Hilfe, und was meenst, was der ihre Genossen in ihrer Mitglieberversammlung sogten?

Außerdem sibt doa im Büro noch su a Berneguck, der sichs eifers raundnimmt, die Erwerbslosen beim Stempeln zu schidanieren. Na vielleicht rennt a mol oan a richtigen oan.

Verbleibe nu mit vielen Grüßen und rut Front Dein Koorle.

Münsterberg. Mieterprotestversammlung. Unser Artikel über die wahren Ursachen der Aufhebung der Zwangswirtschaft in Münsterberg hat großes Aufsehen erregt.

Breslau, 27. Februar. Die so hiee Adolfsstraße stand am Sonnabendnachmittag im Zeichen unflorter roter Fahnen und des Aufmarsches der Massen, die erschlenen waren, um dem Genossen Ihmann die letzten proletarischen Ehren zu erweisen.

Viele Genossen und Genossinnen, die jahrelang mit unseren Max verbunden waren, gingen in das Trauerhaus, um an dem gebührenden Satz Abschied von dem teuren Toten zu nehmen.

Achtet auf den Lehrvertrag!

Die Zeit ist wieder gekommen, wo eine große Anzahl von Jugendlichen als Lehrlinge im Produktionsprozeß eingereiht werden. Lehrverträge werden auf Grund gesetzlich vorhandener Vorschriften vereinbart, die wieder auf Jahre hinaus den Lehrling dem Unternehmer ausliefern.

Das gilt vor allem der Frage des Vereinigungsrechtes für Lehrlinge. Hier sind die Bestrebungen von seiten der Unternehmer vorhanden, den Lehrlingen die Vereinigungsfreiheit zu nehmen und den Lehrling wie in den „guten alten Zeiten“ in seiner Erziehung und Ausbildung voll und ganz dem Lehrherrn und dem vom Unternehmer dazu beauftragten Personen zu unterstellen.

So haben wir Lehrverträge in Mittel- und Großbetrieben, besonders aber in Handwerksbetrieben, die bestimmen, daß der Lehrling keiner Organisation angehören darf oder, wenn ja, dann nur mit Zustimmung des Lehrherrn.

Münsterberg nicht existiert. Die Abrechnung mit dieser Sorte Stadtväter wird weiter fortgesetzt werden. Wieder mit der Interessenten- und Spekulantenwirtschaft. Schluß mit dem Mietwucher. Grund und Boden müssen den Bodenpekulanten und Hausparasiten entziffen und wie es die kommunistische Partei fordert, in den Besitz der Kommune überführt werden.

und Genossen den Satz hinunter, der mit der von den russischen Proleten gestifteten prächtigen Fahne bedeckt war. Die unflorten Fahnen senkten sich, und ein unübersehbarer Zug von Arbeitbrüdern und Arbeitsschwestern begleitete den so früh verstorbenen Kameraden auf seiner letzten Fahrt.

Es war eine würdige revolutionäre Feler und ein statliches Begängnis und eine machtvolle Demonstration. So begräbt das revolutionäre Proletariat seine Toten, so ehrt es die Massengedulden, die ihr Leben der proletarischen Revolution geweiht haben.

Aufgabe der Eltern und Lehrlinge ist es, bei Abschluß von Lehrverträgen darauf zu achten, ob solche Bestimmungen vorhanden sind, die die Entfremdung derartiger Bestimmungen aus dem Lehrvertrag zu verhindern. Auch rechtlich ist den Eltern auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen diese Möglichkeit gegeben.

Eine weitere Frage ist die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Lehrlinge. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lehrlinge geschieht, wenn auch noch im geringen Maße, in einigen Industriezweigen zum Teil durch Tarifverträge.

Die Unternehmer sind gegen die Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge. Sie versuchen gleichzeitig dort, wo die Lehrlinge in die Tarifverträge einbezogen sind, dieses rückgängig zu machen. Das geschieht auch bei Abschluß von Lehrverträgen, wo sie Bestimmungen in und zum Lehrvertrag bringen, die eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch den Lehrvertrag festlegen.

Auf alles das muß von seiten der Eltern und Lehrlinge bei Abschluß von Lehrverträgen geachtet werden. Bevor Eltern und Lehrlinge einen Lehrvertrag mit dem Unternehmer vereinbaren und abschließen, ist es am besten, sich mit den Vertretern der Arbeiter und ihren gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung zu setzen.

Die Lehrlinge und mit ihnen die gesamte Arbeiterklasse hat daran wirklich kein Interesse, sondern im Gegenteil ein Interesse daran, daß der Lehrling von seinen besonderen Unterdrückungsverhältnissen durch die Unternehmer befreit und mit eingereicht wird in die Front der Arbeiterklasse.

Münsterberg nicht existiert. Die Abrechnung mit dieser Sorte Stadtväter wird weiter fortgesetzt werden. Wieder mit der Interessenten- und Spekulantenwirtschaft. Schluß mit dem Mietwucher. Grund und Boden müssen den Bodenpekulanten und Hausparasiten entziffen und wie es die kommunistische Partei fordert, in den Besitz der Kommune überführt werden. Dafür, Arbeiter, gilt es zu kämpfen.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau. Agitpropabteilung. Donnerstag 20 Uhr, Artiusgarten, Sitzung. Sämtliche Stadtteile und Nebenorganisationen müssen vertreten sein.

Unterbezirk Görlitz. Mittwoch 20 Uhr, erweiterte U.S.S.-Sitzung im Felsenkeller. Alle Ressortleiter, Zellenleiter und Funktionäre nehmen teil.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau. Abt. 1. Heute 20 Uhr Kameradschaftsabend, Lokal „Zur Eichenbahn“, Brüderstraße 79. Abt. 4. Heute Zugabend: 1. und 3. Mariannenstr. 7 bei Hanke, 2. und 4. Leuthenstraße, Anglerheim. Abt. 6. Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend, N.3. ebenfalls. R.F.K.B. Dienstag 19.30 Uhr bei Uberschär Weißburger Platz. Versammlung. Gäste willkommen.

Gagnau. Kapelle Punkt 17.30 Uhr mit Instrumenten bei Schreiber antreten. Görlitz. Note Jungfront. Dienstag 20 Uhr Funktionärversammlung bei Kamerad Krause. R.3. Leiter ebenfalls dort. Alle übrigen Jungfrontkameraden nehmen an der kombinierten Versammlung 20 Uhr im Felsenkeller teil.

Sonstige Organisationen

Breslau. Rote Hilfe, Montag 20 Uhr Gesamtfunktionärversammlung Stadt Wien, Ralergasse.

Verantwortlich: für den vollständigen Teil Arthur Dombrowski, für den „Partei und Front“ und „Waldenburg“ Wilhelm Siebold, für „Breslau“, „Görlitz“ und die übrigen Bezirke Alfred Ziemann, sämtlich in Breslau. - Für den vollständigen Teil Fritz Zembroski, W.D., Görlitz. Für Interats W. Gerber-Breslau.

(Schluß des rebellischen Teils.)

Zigaretten ohne Papierbrandgeruch. Bekanntlich werden seit kurzem Zigaretten mit höheres Patent-Papier ohne Papierbrandgeruch hergestellt. Inzwischen ist auch schon wiederholt anlässlich dieser wichtigen Erfindung Stellung genommen worden. Die medizinischen Urteile lauten äußerst günstig. Seit dem 1. März sind Zigaretten im Handel sind, gehen auch aus Raucherkreisen bei der Ullrich-Fabrik, der Zigarettenfabrik Florida, Leipzig W. 53, unangeforderte Anerkennungs- und Dankgeschehen ein, der beste Beweis dafür, daß dieses höheres Patent-Papier einem längst bestehenden Bedürfnis Rechnung trägt. Florida-Zigaretten mit höheres Patent-Papier sind heute schon in fast allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Morgen Rundgebung „Sehn Jahre Rote Armees“ in den Zentralballsälen

Musikvorträge - Ansprache des Kameraden Wollweber - Rezitationen: Josef Reim - (Bereinigte Theater) - Massen heraus!

